

einem Besuch seines in..... Württemberg wohnhaften Schwagers, Herrn N. N. sowie seiner dortselbst wohnhaften Schwägerin verwenden will.

Unter der Berücksichtigung dessen, daß wir unter Hinweis auf das von den Bonner Machthabern praktizierte Reiseperrgesetz, welches, obwohl noch nicht in Kraft getreten, bereits schon jetzt gegenüber Bürgern unserer Deutschen Demokratischen Republik in Anwendung gebracht wird, mit dem Kollegen N. N. eine Aussprache geführt haben, sind wir darüber hinaus der Meinung, daß der Genannte durch seine unklare Einstellung zu unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat kaum die Gewähr für eine im Sinne unserer Gesellschaftsordnung in Westdeutschland mit den Menschen zu führenden Diskussion über die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege und der damit verbundenen Sicherung des Friedens und der Hebung des Wohlstandes unseres Volkes zu führen. Außerdem bedarf es unsererseits noch des Hinweises, daß es in der Absicht des Kollegen N. N. liegt, diese Reise nach Westdeutschland mit seiner Frau anzutreten, wozu es dann noch der zuzsätzlichen Stellungnahme des Polizei-Abschnittsbevollmächtigten der Volkspolizei bedürfen würde.

....., den 6. Juli 1961

gez. Unterschrift
Direktor

Von der Polizei werden dann die eingehenden Reiseanträge zumeist ohne Begründung abgelehnt. Auf Beschwerde hin ergeht zwar verschiedentlich auch ein schriftlicher Bescheid. Hier heißt es dann aber fast immer, die „nochmalige Überprüfung“ habe ergeben, daß es bei der einmal getroffenen Entscheidung verbleiben müsse und einer Genehmigung nicht zugestimmt werden könne. Bei Anträgen auf Genehmigung von Auslandsreisen wird dann vielfach noch hinzugefügt, daß die Verweigerung einer Reisegenehmigung, einer Begründung nach den Paßvorschriften nicht bedarf.

Mit dem Verbot, besuchsweise in die Bundesrepublik zu reisen, wird die Bevölkerung besonders hart getroffen. Das ist vor allem auch deshalb der Fall, weil die aus der SBZ geflüchteten Angehörigen zumeist keine Besuchsreise mehr dorthin unternehmen können und auch keine Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Nach den Absperrmaßnahmen in Berlin ist ein Treffen der Familien in West-Berlin ebenfalls nicht mehr möglich. Mit dem so durchgeführten Reiseverbot wird von den SBZ-Machthabern ohne entsprechende gesetzliche Regelung eine weitgehende Beschränkung der Freizügigkeit vorgenommen:

DOKUMENT 90

Präsidium der Volkspolizei
Berlin

Berlin C 2, den 29. 08.1960
Neue Königstraße 27/37
Fernruf: 510351, App.: 7705

Abteilung: PM
Herrn
N. N.
.....

Werter Herr N. N.

Der Eingang Ihrer Eingabe vom..... wird hiermit bestätigt. Die nochmalige Überprüfung Ihres Reiseantrages hat ergeben, daß es bei der bereits getroffenen Entscheidung verbleibt und einer Genehmigung nicht zugestimmt wird.

Einer Begründung der Ablehnung bedarf es gern. § 13 der ersten Durchführungsbestimmung zur Paßverordnung vom 18. 06.1955 nicht.

gez: Unterschrift
Major der VP

DOKUMENT 91

REGIERUNG
der DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium des Innern
Abt. Innere Angelegenheiten
— Sektor II —

Berlin W 8, den 12.11.1959
Mauerstr. 29-32
Tel.: 22 02 81

Herrn
N. N.
.....

Sehr geehrter Herr N. N.!

Ihr Schreiben vom.....haben wir erhalten.

Es wird Ihnen sicher verständlich sein, daß die von Ihnen aufgeworfenen Fragen letztlich nur richtig von dem zuständigen Rat gemäß dem Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht geprüft und entschieden werden können.

In diesem Zusammenhang möchten wir nicht versäumen, Ihre Aufmerksamkeit auf folgendes zu lenken:

Es wird Ihnen sicher nicht unbekannt sein, daß wiederholt namhafte Persönlichkeiten in Westdeutschland und auch verschiedene dort erscheinende und bekannte Presseorgane darauf hingewiesen haben, daß die sogenannten „Republikflüchtigen“ (— zu denen zählt auch _____, denn eine Reisebescheinigung berechtigt nur zum besuchsweisen Aufenthalt, jedoch nicht zum ständigen Verbleib —) keinen wirtschaftlichen oder politischen Grund hatten, die Deutsche Demokratische Republik zu verlassen.

Da _____ dennoch ohne Beachtung der Meldeordnung die Deutsche Demokratische Republik verließ, hat er sich selbst von der Familie und dem Staat, der um die Erhaltung des Friedens und die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage ringt, gelöst. Er hat allen friedliebenden Menschen in ganz Deutschland keinen geringen Schaden zugefügt und darüber hinaus sich selbst auch den besuchsweisen Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik verweigert.

Aus all dem Gesagten empfehlen wir Ihnen, alles zu tun, um zur Rückkehr in die Deutsche Demokratische Republik zu bewegen.

Hochachtungsvoll
I. A.
gez: Unterschrift
Hauptreferent

Verbot von Übersiedlungen

Bei Anträgen auf Übersiedlungen in die Bundesrepublik haben die SBZ-Machthaber bereits seit Jahren „Kommissionen für den innerdeutschen Reiseverkehr“ eingeschaltet. Es handelt sich um Verwaltungskommissionen, deren Mitglieder durch die Vorsitzenden der Räte der Kreise auf Vorschlag der Parteien berufen werden. Vorsitzender dieser Kommission ist der jeweilige Leiter der